

„Antifa“ in Polen – SpOn erklärt uns die Welt...

 financed by Google

[Wie PI berichtete](#)

kam es während der Feierlichkeiten aus Anlass des polnischen Nationalfeiertages am 11. November in Warschau zu schweren Ausschreitungen. 210 Personen wurden verhaftet, darunter 92 Bundesbürger, die eigens mit einem von der deutschen „Antifa“ organisierten „Ausflug“ angereist waren. 76 unserer reiselustigen Mitbürger stehen jetzt in Polen vor Gericht.

(Von A.Miller)

[Spiegel Online](#) nimmt dies zum Anlass, die Dinge aus politisch korrekter Sicht in einem gestern veröffentlichten Artikel ins rechte Licht zu rücken und dabei – im Dienste der gerechten Sache – einige leicht recherchierbare Fakten zu leugnen und zu verdrehen oder bei Bedarf einiges hinzuzudichten.

Aus Sicht der Autoren verlief „der Ausflug“ unserer

engagierten Mitbürger von Anfang an „nicht wie geplant“, denn obwohl sie sich extra wie beim alljährlichen Kreuzberger 1. Mai-Karnevall in Trachten gekleidet hatten und ihren polnischen Gastgebern freundlich zuwinkten (Zitat: „Viele hatten sich ver mummt. Auf einem Video ist zu sehen, wie einige ihren Mittelfinger in die Kamera strecken“), „setzte die Polizei in Polen nicht auf Deeskalation, sondern auf Attacke“. Aus nichtigem Anlass, wie uns suggeriert wird, einem „Streit zwischen einzelnen Deutschen und Teilnehmern einer historischen Parade“, sei dann sofort eine „Hundertschaft“ der polnischen Polizei aufgezo gen.

Wie dieser „Streit“ aussah, lässt sich nach einer kurzen Internetrecherche recht glaubwürdig rekonstruieren. Auf dem Internetportal des großen, polnischen Nachrichtensenders TVN24 wird Slawomir Stepulak zitiert, der zusammen mit seiner Gruppe in historischen Uniformen aus napoleonischer Zeit an der Parade teilnahm: „Unsere Gruppe lief die Straße entlang. Jacek Nieszczerzewicz und ich sicherten als Unteroffiziere die Kolumne auf der linken Seite ab. (...) Als unsere Formation an der Gruppe von Antifaschisten vorbeilief, spuckte einer von ihnen in Richtung meines Freundes Jacek, der einige Meter vor mir lief. (...) Dann griff er (Anm. d. Red.: der Antifaschist) ihn an und schlug ihm den Hut vom Kopf.“ Die Handgreiflichkeit setzte sich fort bis die Polizei intervenierte. Weitere Augenzeugen bestätigten dies (die Zitate und eine Serie von Fotos, die den Hergang belegen, sind [hier](#) zu finden / siehe auch die vier Fotos oben).

Es ist unklar, ob dieses Ereignis allein zu einer entschiedenen Reaktion der polnischen Polizei führte. Anderen Quellen zufolge sei es zu einer Auseinandersetzung zwischen „Skinheads“ und der „Antifa“-Gruppe gekommen bzw. haben Mitglieder der „Antifa“ direkt die polnische Polizei angegriffen.

Die „Attacke“ der „Hundertschaft“ der Polizei, durch die die „Antifaschisten“ in das „Kulturzentrum“ „zurückgedrängt“

wurde, ist in folgendem Video dokumentiert:

Bei dem sog. „Kulturzentrum“ handelte es sich um ein Café, das zur links außen stehenden Zeitschrift „Polityka krytyczna“ gehört. Mitarbeiter der Zeitschrift vermittelten zwischen der „Antifa“-Gruppe und der Polizei. Anschließend ließ sich die gesamte Gruppe von der Polizei abführen. Von den offenkundig freundlichen Absichten unserer vermummten Freunde kundete das anschließend bei der Durchsuchung des Cafés gefundene Waffenarsenal. Eine Tatsache die selbstverständlich auch verschwiegen wird ([ein kurzes Video hierzu](#)). Damit, so lassen uns die Autoren anscheinend ganz ohne satirische Absicht wissen, „endete der Ausflug nach Polen, bevor er richtig begonnen hatte“.

Über die Gründe der Autoren, die oben genannten Fakten zu leugnen, können wir nur mutmaßen. Natürlich könnte es sich hierbei nur um ein weiteres Beispiel journalistischer Inkompetenz handeln. In dubio pro reo? Vielleicht sind die Autoren nur bemüht, mühsam ihre Sicht der Welt vor allzu harten Erschütterungen zu bewahren. Vielleicht tun sie es dem Leser zuliebe um ihn zu schonen. Oder aber, sie versuchen bewusst von ihrer moralischen Überlegenheit überzeugt den Leser zu manipulieren. Was auch immer die Beweggründe sind, mit allen Mitteln der Kunst wird versucht, den Leser von einer Welt zu überzeugen, in der man entweder Nazi sein kann oder aus edelsten Motiven diese bekämpft – und dabei eben auch mal eine Schlagstock und Pfefferspray bei sich trägt.

So ist dann weiter die Rede von einer „braunen Seuche“ in Polen, deren „Aufmarsch“ doch nur verhindert werden sollte. Es wird suggeriert, die polnische Boulevardzeitung „Fakt“, im Übrigen ein Blatt des Springer-Verlags, habe die Provokation der „Antifaschisten“ erfunden oder aufgebauscht. Ganz Polen habe sich auf die armen deutschen „Antifas“ fixiert. Weil dreifach und vierfach besser hält, ist auch noch die Europameisterschaft in Polen in Gefahr und schlussendlich kriegt man nach dem „Good cop, bad cop“-Prinzip dann noch eine

richtig ausgelutschte Kamelle serviert: Die polnische Regierung habe die „Antifaschisten“ verteidigt, nur der böse, nationalistische Kaczynski habe sie angegriffen. Na dann ist ja alles klar.

In Wahrheit wurde in breiten Teilen der polnischen Öffentlichkeit die Gewalt auf beiden Seiten der Auseinandersetzung deutlich kritisiert. Exemplarisch dazu die Aussage von Stefan Niesiolowski, einem prominenten Politiker der regierenden Partei PO: „Schuld liegt bei den Linken, die sich überhaupt das Ziel erklärt haben, diese Demonstration zu blockieren. Mit welchem Recht? Warum sollen sie diese Demonstration blockieren? Sollen sie doch ihre Route ablaufen und dann ist Ruhe. In dieser Situation haben dann andererseits die sogenannten Rechten sich die Hooligans zu Nutzen gemacht. Das ist natürlich ein absoluter Skandal. (...) Es haben also beide Seiten, wenn ich das so sagen darf, etwas auf dem Gewissen.“

In Polen, einem Land, das unter Sozialismus beider Couleur, sowohl dem braunen, als auch dem roten, zu leiden hatte, wird eben (noch) nicht mit zweierlei Maß gemessen, was offenkundig bei den antifaschistischen Missionaren und Eiferern für einen schweren Kulturschock gesorgt hat. In einem einige Tage nach den Auseinandersetzungen veröffentlichten Artikel zitierte die linksliberale Zeitung „Gazeta Wyborcza“ auf ihrem Internetportal einen empörten Vater, der berichtete, dass sein Zögling sich nun nach Rückkehr von seinem „Ausflug“ zusammen mit seinen Freunden in Therapie begeben müsse. Nach ihrer Verhaftung hätten sie – was für eine Unverschämtheit – gemeinsam in einer Zelle mit Skinheads sitzen müssen. Allerdings, so könnte man meinen, scheint jemand, der gemeinsam mit einer für ihre Gewaltbereitschaft bekannte Gruppe in ein fremdes Land reist, bewaffnet und vermummt durch die Straßen marschiert und sich anschließend wundert, dass er verhaftet wird, in professioneller Behandlung recht gut aufgehoben zu sein.

Und was bleibt uns in Anbetracht all dieser Absurditäten?

Entgegen der üblichen Darstellung herrschte zwischen Deutschland und Polen keinesfalls über Jahrhunderte nur Misstrauen, Feindschaften und Krieg. Viele Jahrhunderte waren von friedlicher Nachbarschaft und intensivem, gegenseitigem Austausch geprägt. Man hat vieles gemeinsam – Werte, Traditionen und Bräuche. Auch gibt es Worte, die beide Landesprachen teilen. Eines davon, findet man in gleicher Schreibweise sowohl in deutschen als auch in polnischen Wörterbüchern. Es heißt: Schadenfreude.

Migranten-Schießerei in Bottrop



In Bottrop gab es heute abend auf der Glückaufstraße eine Schießerei, zwei Brüder sind schwerverletzt – Lebensgefahr. Ihre typisch deutsch klingenden Namen: Kenan (25) und Ramazan (24) B.! Die zwei türkischen Schwerverletzten waren laut BILD auf dem Heimweg von einem Wettbüro, sonst [weiß BILD auch nichts](#). Wir auch nicht, außer daß bei Schießereien auf offener Straße der Südländeranteil überproportional hoch und die Freude über die Bereicherung niedrig ist. Dabei ist Islam

Frieden! Ramazan klingt doch islamisch – oder etwa nicht?

Die Bild und der liebe Killer Nordine Amrani

☒ Vorneweg: ein weiteres Opfer [ist jetzt seinen Verletzungen](#) erlegen! Damit sind es sechs Tote in Lüttich! Die BILD nennt den marokkanischen Killer Nordine Amrani (Foto) heute zwar [in diesem Artikel Amok-Monster](#), läßt aber ausschließlich seinen Bruder zu Wort kommen, der nur Gutes spricht. Nordine war ein „begnadeter Schweißer. Er wollte immer arbeiten, um Geld zu verdienen“, und Drogen nahm er trotz Cannabis-Plantage nie. Er war auch angeblich kein besonders gläubiger Moslem, trank aber nie Alkohol. Nicht einmal Internet habe er gehabt. Da weiß aber die Achse was anderes.

Manfred Gillner [schreibt über Nordine Amrani](#):

Auf seiner Facebook-Seite gibt es (noch) 21 vorwiegend weibliche Freunde und Kontakte zu Seiten wie „Un-avennir Meilleur-Insha'allah“, „Prêche en Islam“ oder „Anasheed c'est ici“. Frauen dürften vor allem an „Prêche en Islam“ Gefallen finden, denn sie lesen dort, dass eine Frau ohne Schleier die Gebote Allahs nicht befolgt und ihr das ewige Höllenfeuer droht. „Anasheed c'est ici“ ist von Dr. Zakir Naik, dem Präsidenten der „Islamic Research Foundation“ inspiriert. Dem Prediger und Hardcore-Islamisten verweigerten Kanada und Grossbritannien vergangenes Jahr die Einreise. Auf YouTube kann man ein Video finden, in dem er erklärt, warum nur Muslime in den Himmel kommen. Er meint auch, ein Mann dürfe seine Ehefrau dann und wann ruhig schlagen.

Und dann fragt Gillner:

Das war ein Teil des geistigen Umfeldes des Attentäters. Warum muss das verschwiegen werden, wieso stellt man hier nicht so weitreichende Mutmaßungen an wie im Fall Breiviks oder der Döner-Mörder? Warum wird ein so ungeheures Verbrechen nicht von allen Seiten beleuchtet wie jedes andere auch? Was soll dieses Schweigekartell bringen, das es nicht einmal erlaubt, alle Fakten zu publizieren und eilends auf eine genehme Variante – Einzeltäter ohne erkennbares Motiv – drängt?

Das fragen wir uns auch. Soll der Mythos „Islam ist Frieden“ nicht angekratzt werden?



Schäuble: Uns geht's zu gut



Wolfgang Schäuble hat sich unter Berufung auf den lieben Gott für die Begrenzung des Wachstums im Westen ausgesprochen. Dem glaubenden Menschen seien diese Grenzen des

Möglichen einsichtig, so Schäuble. Der Glaube an Gott sage uns, dass etwas über uns stehe – damit war keineswegs Angela Merkel gemeint, sondern der Allmächtige himself.

[Radio Vatikan](#) schreibt:

Die Menschen der westlichen Welt sollten sich für eine Begrenzung des Wirtschaftswachstums einsetzen. Das schreibt der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble in einem Beitrag für die Zeitung Christ & Welt an diesem Donnerstag. Die Banken- und Finanzkrise sei „nicht zuletzt durch die grenzenlose Gier nach immer höheren Gewinnen“ ausgelöst, es brauche begrenzende Mechanismen in unserer Wirtschaft. Ähnliches könne man auch beim Klima sehen, so Schäuble: In Durban sei es unter anderem auch darum gegangen, mit den „Konsequenzen unserer Unfähigkeit zum Maßhalten“ umzugehen. Das Wirtschaftssystem nähre ein Begehren nach mehr, das auch angesichts von Reichtum und Überfluss noch anhalte. Dem gelte es auch durch ein Begrenzen des Wirtschaftswachstums zu begegnen. Dem glaubenden Menschen seien diese Grenzen des Möglichen einsichtig, so Schäuble in dem Artikel. Der Glaube an Gott sage uns, dass etwas über uns stehe.

Vielleicht hat Schäuble ja Stimmen gehört. Wer allerdings dann die Schulden Deutschlands zahlt, wenn bei weniger Wachstum auch die Staatskasse leerer wird, bleibt ebenso dahingestellt wie die Frage, wie die Bevölkerung bei weiter fallenden Realeinkommen und steigenden Lebenshaltungskosten über die Runden kommen soll. Schon jetzt reicht es bei vielen jeden Monat gerade noch so zum Leben. Schäuble betrifft das natürlich nicht.

FREIHEIT: Auch Pino, Pokladek und Strüning weg



Man verliert so langsam den Überblick. Nur wenige Tage nach dem Bundesparteitag vom letzten Wochenende hört die Zahl der Rück- und Austritte bei der FREIHEIT nicht auf. Heute wurde bekannt, dass sowohl der NRW-Landesvorsitzende Andreas Pokladek zurücktritt, weil er die „jetzige Richtung“ nicht unterstützen will, als auch der bisherige Bundesschriftführer Felix Strüning und Marco Pino alias *Frank Furter*, die beide soeben in den Vorstand gewählt wurden, ihre Ämter niederlegen und die Partei verlassen.

Hier der Brief, in dem Marco Pino seinen Schritt erklärt:

Liebe Parteifreunde,

vor wenigen Tagen kamen wir in meiner Heimatstadt Frankfurt am Main zu unserem ersten gesamtdeutschen Bundesparteitag zusammen. Vielen von Euch dürften die Ereignisse noch in lebhafter Erinnerung sein.

Ich wurde dort zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden unserer Partei gewählt. Für das damit verbundene Vertrauen möchte ich mich auf diesem Wege noch einmal bedanken.

Doch seit Samstag haben sich die Ereignisse überschlagen: viele Mitglieder, mit denen ich gut befreundet war und gemeinsame Pläne in unserer Partei hatte, sind ausgetreten

(z.B. der gesamte bayerische und fast der gesamte hessische Landesvorstand). Von den Austritten ist vor allem jener Flügel (ich nenne ihn mal „Realos“, im Gegensatz zum anderen Flügel, den „Fundis“) unserer Partei betroffen, zu dem auch ich mich zähle und als dessen Repräsentant ich mich im BV einbringen wollte. Das macht nun, angesichts der Austrittswelle in Kreisen der „Realos“, aus meiner Sicht keinen Sinn mehr.

Die Partei hat am vergangenen Samstag eine Richtungsentscheidung getroffen, die auch für mich genauso unerwartet wie überraschend kam. Da wurde das Strategiepapier „Agenda für die Freiheit“ von Christian Jung und mir mehrfach als „CDU2.0“ bezeichnet, obwohl sich in dem Papier ein klares Bekenntnis zur Islamkritik findet (für welchen CDU-Kreisverband gilt das eigentlich?). Mehr noch: wir forderten beispielsweise, Integrationsverweigerung mit Entzug von Sozialleistungen und Ausweisung zu sanktionieren, gleichwohl ausländische Straftäter und Verfassungsfeinde konsequent abzuschieben. Damit geht die „Agenda für die Freiheit“ in dieser Sache sogar weiter als die „Ausschaffungsinitiative“ der schweizerischen SVP. Es bräuchte in Deutschland wohl keine neue Partei, wenn CDU und FDP auch nur annähernd eine solche Politik machen würden.

Das wirft die Frage auf, welche Politik sich unsere Partei (insbesondere die „Fundis“) eigentlich wirklich wünscht?! Tatsächlich ging die „Agenda für die Freiheit“ in mehreren Punkten auch über das GP1.0 hinaus, wurde aber offenbar als „zu lasch“ wahrgenommen. Auf der anderen Seite erfreute sich Michael Stürzenberger großer Unterstützung sowohl in der alten, als auch in der neuen Parteiführung, gleichwohl in der Parteibasis. Diese Tatsache gibt mir in Verbindung mit dem „Thesenpapier gegen die Islamisierung“ sehr zu denken. Die politischen Forderungen im besagten Thesenpapier gehen weit über rechtsstaatliche Prinzipien hinaus und zeugen zweifelsohne von einem (ungewollten, aber latent vorhandenen)

politischen Extremismus. Das Votum vom vergangenen Samstag zeigt, dass die Zustimmung für die darin dokumentierte Haltung, zumindest aber die Bereitschaft, extremistische Tendenzen in den eigenen Reihen zu dulden oder gar zu verteidigen, weit über eine Randgruppe in der Partei hinaus gehen. Dass nun in Folge der Austritte der vergangenen Tage gerade der hierzu kritisch gesinnte Teil der Mitglieder dramatisch reduziert und geschwächt wurde, verschärft in meinen Augen die Problematik wesentlich.

Dieser Umstand gab und gibt mir schwer zu denken. In den vergangenen Tagen habe ich versucht, sowohl im Kreise der Ausgetretenen, als auch im Kreise der Verbliebenen und im Kreise der neuen Parteiführung nach einer irgendwie gearteten Lösung dieses Problems zu suchen. Mittlerweile ist mir jedoch klar: die Freiheit steckt in einem Dilemma, für das es aus meiner Sicht (und aus Sicht der Ausgetretenen) keine Lösung gibt.

Die Partei hat sich für eine Richtung entschieden. Diese Richtung nach wenigen Tagen aufzugeben, wäre unglaubwürdig. Doch viele Mitglieder, und so auch ich, können in diese Richtung nicht mitmarschieren. Es widerstrebt meinen politischen, moralischen und ideologischen Überzeugungen, diesen Kurs als Vorstandsmitglied, ja nur als Parteimitglied, mitzutragen. So habe ich auch in meiner Rede am Samstag klargestellt, dass meine kritische Haltung gegenüber dem Islam nicht darin begründet ist, dass ich die Muslime nicht mögen würde, sondern darin, dass dem Islam ein politischer Extremismus innewohnt, gegen dessen Ansprüche wir uns zur Wehr setzen müssen. Das kann aber in meinen Augen nur derjenige glaubhaft tun, der sich genauso konsequent gegen extremistische Tendenzen in den eigenen Reihen erhebt. Wer sich jedoch als Verfechter westlicher Werte, Freiheit und Demokratie inszeniert und gleichsam selbige bereitwillig mit Füßen tritt, kaum dass es gegen die Islamisierung geht, ist in meinen Augen unglaubwürdig. Gleichwohl habe ich am Ende meiner

Rede versucht, ein Zeichen dafür zu setzen, dass ich zumindest bis Samstag an eine Lösung in der Sache glaubte und dass mir daran gelegen war, den BPT dazu zu nutzen, die beiden Flügel zu vereinen. Damit stand ich rückwirkend betrachtet wohl alleine da. So hat sich statt eines Kompromisses in der Sache – der übrigens das Entgegenkommen auch der anderen Seite erfordert hätte – eine weitere Eskalation ergeben, an deren Ende der Sieg der „Fundis“ über die „Realos“ stand.

Es ist daher auch für mich an der Zeit, die Niederlage von vergangenem Samstag einzugestehen und Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich entschuldige mich bei allen Parteimitgliedern, dass es mir offensichtlich nicht gelungen ist, für meine Überzeugung in dieser Sache und für den aus meiner Sicht richtigen Kurs unserer Partei hinreichend zu werben, Mehrheiten zu generieren und die von mir gewünschte Versöhnung und Vereinigung beider Lager herbei zu führen. Und es tut mir außerordentlich leid, dass ich nur wenige Tage nach meiner Wahl das Amt des Stellv. Bundesvorsitzenden wieder aufgeben muss. Ich bitte jedoch um Verständnis, da auch mir am Samstag noch nicht bewusst war, welche weitreichenden Konsequenzen dieser Parteitag haben würde.

Nach reichlicher Überlegung und Abwägung aller Faktoren, gleichwohl mit großer Trauer und einem gewissen Maß an Verzweiflung, teile ich mit, dass ich zu sofort von all meinen Ämtern in unserer Partei zurück und aus unserer Partei austrete.

Ich wünsche der FREIHEIT dennoch alles Gute und hoffe, dass ich mich in meiner Einschätzung geirrt habe. Zudem danke ich allen Mitgliedern im hessischen Landesverband, aber auch darüber hinaus, sowie insbesondere René Stadtkewitz und Felix Strüning für die schöne Zeit und die vielen angenehmen Gespräche.

Und ich wünsche Euch allen eine frohe und besinnliche

Weihnacht und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Herzlichst,

Euer Marco Pino

(Foto oben: Marco Pino zusammen mit René Stadtkewitz Anfang September in New York)

Monti kündigt überraschend Eurobonds an



Der neue

italienische Ministerpräsident Mario Monti hat gestern im italienischen Parlament angekündigt, dass die von Deutschland abgelehnten Eurobonds nicht vom Tisch sind. Vielmehr werde es weitere Diskussionen dazu während des EU-Gipfels Ende März geben.

Die [Deutschen Mittelstands Nachrichten](#) schreiben:

[...] Im Senat berichtete der italienische Premierminister, Mario Monti, gestern, dass es weitere Diskussionen über die von Deutschland abgelehnten Eurobonds geben wird. In dem Bericht zum EU-Gipfel, „der am 31. März präsentiert wird,

wird die Angelegenheit der Eurobonds präsentiert und diskutiert werden. Ich untersuche gerade einen Gesichtspunkt, an dem die vorherige Regierung gearbeitet hat“, berichtet die italienische Nachrichtenagentur Agenzia Giornalistica Italia.

Das ist insofern interessant, als dass Angela Merkel dies gestern bei ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel in keinster Weise erwähnte. Sie zeigte sich erneut kritisch den Eurobonds gegenüber: “Wir zahlen gerade die Rechnung für die Fehler der Vergangenheit, Eurobonds wären ein weiterer Fehler“, sagte die Bundeskanzlerin.

» FAZ: [Papademos: Eurobonds werden kommen](#)

Studie: Jeder vierte Berliner fremdenfeindlich?

Während die linkspopulistische Presse mal wieder billig [mit einer „Studie“ Alarm](#) schlagen will, ist das, was man in der Studie liest, oft eher in anderer Richtung naiv und erschreckend. [Schauen Sie selbst](#), man hat schnell durchgeklickt.

Das Dilemma der Bunten

Republikaner



Ganz klar: Die

Ansiedlung des Islams in Deutschland ist ein Unrecht, ein schwerer Verstoß gegen staatliche Sorgfalts- und Schutzpflichten. Jeder, der sich an dieser Ansiedlung beteiligt, ist schuldig. Aber: Die Führer unserer Bunten Republik sind keineswegs mehr Herr im eigenen Haus. Über zahlreiche Mittelsmänner wird die Siedlungspolitik der Bunten Republik längst von der Türkei bestimmt. Unsere Bunte Republik stehen daher vor dem Dilemma: Entweder innehalten und dadurch die eigene Schuld eingestehen, mit allen strafrechtlichen Konsequenzen. Oder weiterhin im Bündnis mit Ankara die Ansiedlungspolitik noch radikaler vorantreiben und darauf hoffen, dass eine möglichst rasche Islamisierung und Stärkung des türkischen Machteinflusses sie vor Nürnberg 2.0 bewahrt. In dieser Lage wählt die Bunte Truppe das für sie kleinere Übel.

(Von M. Sattler)

Die aufgesetzt wirkende Jubelei anlässlich der 50-jährigen Unterzeichnung des Abkommens über türkische Gastarbeiter hat nicht nur politisch Inkorrekte verstört, sondern auch den eher unpolitischen Durchschnittsbürger. Der [Würzburger Flaggenspuk](#) war an Grotteske kaum zu überbieten. Kein Mensch in Deutschland glaubt das amtliche Lügenmärchen, die auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders der 60er Jahre zugereisten jugoslawischen

und türkischen Fabrikarbeiter hätten Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut. Dass der Staat so offensiv lügt und vor allem beim Thema Islam anfängt, Dinge bemüht schönzureden, die nicht schön sind, geht selbst gemäßigten Linken und Linksliberalen auf die Nerven. Warum also gibt sich der Staat diese Blöße? Warum manövriert er sich so bereitwillig in die Sackgasse einer allzu durchschaubaren Unglaubwürdigkeit? Warum riskiert er den Vertrauensbruch gegenüber den Deutschen?

Die Antwort ist einfach: Weil dem Staat gar keine andere Wahl mehr bleibt als die gute Miene zum bösen Spiel. Nach über 40 Jahren hemmungsloser Siedlungspolitik wissen auch die Bunten Republikaner, dass sie sich verrannt haben und der Karren tief im Dreck steckt. Wir werden nicht von dummen Leuten regiert: Wer es bis an die Spitze der Politik schafft, ist mit allen Wassern gewaschen und ein politischer Tausendsassa, der zwar nicht klug sein muss, aber den richtigen Riecher für politische Entwicklungen hat. Was jeder Durchschnittsbürger weiß, dass nämlich die zwanghaften Parolen von Multikulti ins Leere laufen, weil weder Deutsche noch Türken ernsthaft Multikulti wollen, weiß man im Bundeskanzleramt auch. Dass es in Deutschland No-go-Areas für Deutsche gibt, ist auch im Bundespräsidialamt bekannt. Und dass die Zigtausende von islamischen Vorkämpfern und türkischen Grauen Wölfen den einsamen Wölfen der Handvoll echter deutscher Neonazis an Mannstärke und flächendeckender Gewaltbereitschaft um ein Vielfaches überlegen sind, auch wenn sie derzeit noch an der Kette liegen, ist im Bundesinnenministerium eine Binsenweisheit. Man braucht einem Staat nicht zu erklären, wie es im Land aussieht.

Aber was soll die Bunte Bande tun? In den Abendnachrichten vor das Volk treten und zugeben: Ja, wir haben euch erst mit der Geschichte von den „Gastarbeitern“ belogen, dann haben wir euch mit der Geschichte vom „Asyl“ belogen, dann haben wir euch mit der Geschichte von der „Integration“ belogen, aber jetzt sehen wir unsere Fehler ein und bitten höflich um

Entschuldigung? Dann greift sofort Nürnberg 2.0: Natürlich, der Staat hat durch seine radikale Massenansiedlung von Kulturträgern einer selbsterklärt gewaltbereiten Ideologie eine schwerwiegende Verletzung seiner Sorgfaltspflicht begangen – welche strafrechtlichen Folgen also ergeben sich für die Beteiligten? Und statt die Deutschen zu schützen, hat der Staat durch Ansiedlung von Kulturträgern einer sich zu militärischen Mitteln bekennenden, expansiv ausgerichteten Ideologie eine physische Gefahrenlage für die Deutschen sogar aktiv herbeigeführt, d.h. gegen die allerhöchste Pflicht verstoßen, die ein Staat überhaupt hat: die Pflicht, das ihm vertrauende Volk zu schützen! Welche juristischen Konsequenzen hat dies nun für die Verantwortlichen? Und statt die Freiheit und das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen zu verteidigen, hat der Staat durch Massenansiedlung ausländischer Staatsbürger mit Loyalität zu fremden Staaten die Deutschen dem Risiko der politischen Fremdbestimmung ausgesetzt – ist hier nicht sogar der Straftatbestand des Hochverrats erfüllt? Aus Sicht unserer Bunten Staatsführung gilt es also solchen Fragen unbedingt aus dem Weg zu gehen und alles, wirklich alles zu tun, damit sie niemals im Rahmen eines juristischen Verfahrens gestellt werden.

Die Alternative zu Nürnberg 2.0 heißt deshalb: Weitermachen um jeden Preis. Dieser Preis ist der Pakt mit dem Islam und dem radikalen Türkentum. Natürlich weiß der Bundesinnenminister, dass es sich bei den Vertretern der „Türkischen Gemeinde“ zum großen Teil um türkische Nationalisten und Rechtsextremisten handelt, aber er sitzt lieber mit türkischen Rechtsextremisten am Tisch als vor Nürnberger Richtern. Und natürlich weiß die Bundeskanzlerin, dass die Türkei die Themen „Islam“ und „Integration“ geschickt dazu nutzt, in Deutschland eine eigene nationale Infrastruktur zu errichten und ihre mitteleuropäische Machtbasis auszubauen. Aber sie weiß auch, dass sich der türkische Ministerpräsident, dem sie gerade die Hand schüttelt, nur zu räuspern braucht, um in jeder beliebigen deutschen Stadt augenblicklich völlig

unkontrollierbare türkische Massendemonstrationen auszulösen, ein Mann also, der schon heute über mehr innenpolitische Macht in Deutschland verfügt, als jemals ein anderer ausländischer Staatsführer der letzten Jahrhunderte deutscher Geschichte – von Napoleon und Stalin abgesehen. Und sie schüttelt lieber diesem Mann die Hand und beugt sich seinen noch so frechen Forderungen, als irgendwann einem Strafrichter erklären zu müssen, warum nach Paris und London nun auch in Berlin die Häuser brennen, erstmalig seit 1945 und ausgerechnet in ihrer Amtszeit, nachdem sich nämlich besagter Mann geräuspert hat.

Die Bunte Truppe handelt also völlig rational: Sie wählt das für sie kleinere Übel. Nürnberg 2.0 im Nacken und angesichts der zunehmend düsteren multikulturalistischen Wirklichkeit mit dem Rücken zur Wand greifen die Bunten Republikaner nach dem einzigen Strohalm, der ihnen langfristig Verschonung verspricht: das offensive Bündnis mit dem politischen Islam und machthungrigen, latent feindseligen Staaten wie der Türkei. Dieses Bündnis mit politisch zwielichtigen Akteuren muss den Deutschen verkauft werden. Die immer schrilleren Durchhalteparolen, das immer geballtere Flächenbombardement mit Bunter Propaganda sind daher Ausdruck eines verzweifelten Versuchs, die skeptischer und misstrauischer werdenden Deutschen in diese Allianz zwischen Staat und wenig freundschaftlichen Kräften mit hineinzuzwingen, sie aus der Rolle des Anklägers in die Rolle des Mittäters zu drängen. Das demonstrative Bekenntnis zum Islam, die Berufung ultrarechter türkischer Nationalisten in Ministerämter, das öffentliche Hissen türkischer Nationalflaggen – all dies ist nichts anderes als die Vorwärtsverteidigung einer gescheiterten Herrscherklasse.

Brauner Zucker auf Weihnachtsmarkt Bochum

☒ Es ist ein Skandal. *Bei der Bochum Marketing GmbH, welche für die Weihnachtsmarkt-Stände zuständig ist, scheint sich das städtische Motto wider die FaschistInnen noch nicht so recht herumgesprochen zu haben.* Was ist passiert? Auf einem Bochumer Weihnachtsmarkt verkauft ein Ex-NPD-Kandidat Bonbons und Süßigkeiten, was sehr gefährlich ist, denn man könnte durch „braunen Zucker“ selber Nazi werden. Die Angelegenheit kam erst jetzt dank der antifantischen, studentischen [Staatssicherheits-Infoseite bsz](#) ans Licht.

Hätte der Organisator des Weihnachtsmarktes vorher davon gewußt, hätte man die Firma des Ex-NPD-Kandidaten ausgesperrt, [berichtet die örtliche WAZ](#). Die studentische, GEheime STAatsPOLizei der Uni will mit ihrer Veröffentlichung und dank bundesweiter Vernetzung auch die anderen Verkaufsstände des Unternehmens im Bundesgebiet zur Aufgabe zwingen. Ziel ist es, daß jeder NPDler und jeder NPD-Sympathisant arbeitslos wird.

Da wir gerade beim Thema sind, ein anderer [NPD-Skandal, aus Landshut](#). Dort will die bisher noch nicht verbotene Partei einen Landeskongreß in der Mensa des Hans-Leinberger-Gymnasiums durchführen. Alle sind verängstigt und empört, *der Schock sitzt tief, Schüler und Eltern haben Angst*, denn man ging bisher anscheinend an der „Schule ohne Rassismus“ davon aus, daß die rechtsextreme NPD ihre Parteitage in der Wüste Gobi abhalten müsse.

Die NPD hat sich aber bei der Ortswahl etwas gedacht, denn die Stadt Landshut hatte *vor wenigen Wochen erst der Grünen Jugend die Türen zum HLG aufgesperrt, damit diese ihren Landeskongress in der Mensa abhalten* konnte. Da dürfte ein Verbot jetzt sehr schwerfallen. Es bleibt natürlich noch die Möglichkeit, daß man die Antifa vor der Mensa randalieren läßt

und den Sitzstreik-Pastor Thierse illegal vor die Treppen setzt.

Entschuldigen Sie bitte meinen Sarkasmus, aber mein Gerechtigkeitsgefühl ist unteilbar. Gleiches Recht für alle! Wer einen solch elementaren Satz nicht kennt, kann sich nicht als Rechtsstaat bezeichnen. Wie gab der Ex-Ministerpräsident [Beckstein \(CSU\) neulich offen zu:](#)

Wir sind bei Rechtsextremisten härter vorgegangen als bei Linksextremisten – weil die Zustimmung in der Bevölkerung hier viel größer ist. Manchmal gingen wir sogar weiter, als der Rechtsstaat eigentlich erlaubt.

So etwas stört ganz erheblich! Ein Rechtsstaat muß beide Lager gleich behandeln nach Recht und Gesetz. Die öffentlich geforderte und geförderte Existenzvernichtung von Kaminfeuern und Bonbonverkäufern ist ein Skandal.

Und da kommt noch was anderes dazu. Was glauben Sie denn, was passiert, wenn die NPD verboten ist? Dreimal dürfen Sie raten! Dann ist natürlich die nächste rechte oder konservative Organisation oder Partei dran. Denken sie an die REPs, an die PRO-Bewegung und an ... die FREIHEIT. Für das rotzfreche linke Lager sind Begriffe wie ‚Neonazi‘, ‚rechtsradikal‘, ‚rechtsextrem‘, ‚rechts‘ und ‚konservativ‘ einerlei und Synonyme.

Hier ein aktuelles, kleines Beispiel aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis in Baden-Württemberg. [Der Südkurier interviewt den stolzen Polizeidirektor](#) Roland Wössner, der den „Kampf gegen Rechts“ im Griff hat. Obwohl das Blatt fünfmal dieselben Fragen stellt, läßt sich im Kreis seit 18 Jahren einfach keine schwere rechtsextreme Straftat verorten, der im Interview genannte Faustschlag soll wohl ein Witz sein, wenn jedes Wochenende bei den Besoffenen in der Villinger Färberstraße die Fäuste fliegen. Aber der Polizeidirektor sieht trotzdem „Handlungsbedarf für uns alle“. Warum?

Südkurier: Wie sehen Sie die Perspektiven für Umtriebe am rechten Rand in unserer Region?

*Wössner: Es gibt natürlich immer mal wieder etwas Neues. Zum Beispiel **hat die Partei „Die Freiheit“ hier** vor Kurzem einen kleinen Landesparteitag in Dauchingen abgehalten. Der stellvertretende Landesvorsitzende kommt aus VS-Schwenningen; mit ihm haben wir uns auch schon unterhalten. Da ist aber noch nicht klar, ob es sich um eine rechtsgerichtete Partei handelt. Der Schwerpunkt ist nach jetziger Beobachtung vor allem Anti-Islamismus.*

Wie kommt der Provinzdirektor auf die Idee, daß die FREIHEIT „rechtsgerichtet“ ist, daß „rechtsgerichtet“ verboten ist und daß er die FREIHEIT „beobachten“ und sich mit ihr „unterhalten“ muß? Natürlich über die linksversiffte Presse und Politik und das ganze rote Juste Milieu, das den Diskurs beherrscht. Mit Kuschen ist es da nicht getan. Man muß als Konservativer sich jedes andere Etikett lautstark verbitten und die Linken permanent angreifen und bloß nicht auf deren Linie einschwenken. Alles andere ist einfältige Selbsttäuschung!



Maischberger zum Pfählen:

„Aber es ist Krieg“



Dienstag Abend war in der ARD mal wieder Plauderstunde bei Sandra Maischberger. Wenn die Kässmann-Augstein-Lehmann-Riechling-Runde nicht durch politisch inkorrekte Klargeister wie Roger Köppel und Peter Scholl-Latour angereichert gewesen wäre, hätte man die Quasselbude getrost vergessen können. Aber Köppel sprach erfrischend deutlich über den EU-Sozialismus und PSL lieferte den Durchblick zum arabischen Frühling. Er machte deutlich, dass die muslimischen „Demokratie-Kämpfer“ Gaddafi lange und grausam folterten, bevor sie ihn abmurksten. Inklusiv dem grausamen Pfählen, was auch der [Focus heute thematisiert](#). Hochinteressant Maischbergers typisch ahnungslose Reaktion: „Aber es ist Krieg“. Die edlen Wilden dürfen so etwas eben.

(Von Michael Stürzenberger)

In der ARD-Mediathek ist die [Szene ab 1:00:25 zu sehen](#). Wer sich überzeugen möchte, wie die edlen demokratischen Freiheitskämpfer Gaddafi pfählmäßig penetrierten, kann [dies hier tun](#). Bezeichnend hierbei übrigens auch das unaufhörliche „Allahu-Akbar“-Geschrei.

Absolut fürchterlich auch das folgende Beispiel [der öffentlichen Folterung](#) eines homosexuellen Menschen. Mitten auf einer Straße, mit hoher Wahrscheinlichkeit in Nigeria, wie es Autor Kevin Farell in seinem Artikel vom 10. Oktober dieses Jahres beschreibt. Ein entfesselter Mob schlägt auf den armen

wehrlosen Menschen ein und überschüttet ihn mit Benzin, um ihn schließlich anzuzünden. Verzweifelt rappelt er sich auf, stolpert brennend davon und kann das Feuer zunächst löschen. Aber der Mob fällt erneut über ihn her, und das zweite Mal überlebt er nicht. Das Ganze passiert mitten auf einer belebten Straße. Autos fahren vorbei, Passanten spazieren völlig teilnahmslos drumherum, manche bleiben stehen und sehen interessiert zu. Als ob es ganz normal sei, einen Homosexuellen so grausam zu Tode zu foltern. Derartige Verbrennungsvideos aus Nigeria sind übrigens keine Seltenheit.

Eine Sandra Maischberger wird sich solche Szenen mit Sicherheit niemals ansehen. Aber auch sie dürfte in Zukunft auf hoher moralisierender Ebene klare Islamkritiker in die Nähe zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit zu setzen versuchen, so wie es auch der Rest der öffentlich-rechtlichen Zensurbehörde täglich durchführt.

Peter Scholl-Latour wird in einem [Artikel zur Sendung](#) von welt online über die so wunderbar demokratischen Entwicklungen des sogenannten „arabischen Frühlings“ wie folgt zitiert:

Die Freude der westlichen Medien über die Revolutionen in Syrien, Libyen und Ägypten nannte der bekannte Publizist schlichtweg „idiotisch“. Stattdessen warnte er vor möglichen salafistischen Regierungen, die dem Westen alles andere als freundschaftlich gestimmt seien.

Den Süden Libyens sieht PSL zu einem „zweiten Somalia“ werden. Erschreckend verharmlosend äußerte er sich aber zu den Muslimbrüdern und zu Milli Görüs, da man mit denen „reden“ könne. Dies ist wahrscheinlich nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass er die Salafisten als noch schlimmer einschätzt. Der Politologe Bassam Tibi sieht das wesentlich realistischer, veröffentlicht [gestern in der Tiroler Tageszeitung](#):

„Die Islamisten wollen die Scharia“. Abgesehen davon könne

sich der Politikwissenschaftler „Freiheit unter den Muslimbrüdern nicht vorstellen“, selbst wenn dies in deren Parteiname stecken würde (Partei für Freiheit und Gerechtigkeit). Auch die Beziehungen zu Israel betreffend zeichnete Tibi ein düsteres Bild: „Ich glaube ein Monat nach der Machtübernahme (der islamistischen Parteien, Anm.) wird der Friedensvertrag mit Israel annulliert“. (..)

In Europa seien die Netzwerke der Muslimbrüder und der islamistischen Organisation „Milli Görüs“ gut ausgebaut, warnte Tibi. „Die haben in Europa ein Netzwerk, das ist unglaublich.“ Das Problematische sei, dass die Muslimbrüder die Gesetze in Europa sehr gut kennen würden und sie „ausnützten“. „Sie sind in der Lage den arabischen Frühling zu ‚entführen‘“, betonte Tibi. „Mit Islamisten gibt es keinen Dialog“, fügte er hinzu. Wenn die europäischen Staaten die Scharia in ihrer jeweiligen Politik einfließen lassen würden, „dann vergesst Europa“, warnte Tibi, denn „Islamismus und Demokratie vertragen sich nicht.“

Wer aber immer noch glaubt, dass die schlimmen Erscheinungen in islamischen Ländern, die allesamt von der Scharia legitimiert werden, nichts mit dem Islam zu tun haben, sondern nur „extremistische“ Auswüchse sind, der sollte sich wirklich einmal mit allen Details dieser wunderbaren „Religion“ beschäftigen. Dann haben wir eine belastbare Grundlage für eine öffentliche Diskussion, die spätestens seit dem 11. September 2001 längst überfällig ist.

Vergewaltiger war „Berlin-

Botschafter“



Der Mann, der am frühen Morgen des 10. Dezember grinsend in die Videokamera einer Berliner U-Bahn schaute und anschließend eine 65-jährige Frau vergewaltigte ([PI berichtete](#)), ist am Mittwochnachmittag nach einem Tipp aus der Bevölkerung in Berlin-Wilmersdorf gefasst worden. Jetzt stellte sich heraus: Der 32-jährige Christopher Benjamin Oltmann war Botschafter für die Hauptstadtkampagne „be Berlin“ („Sei Berlin“, siehe Video unten ab Min 0:50).

Die BZ berichtet:

[...]

Am Mittwoch waren beim Berliner Landeskriminalamt gleich eine ganze Reihe von Hinweisen zu dem mutmaßlichen Vergewaltiger einer 65-jährigen Frau eingegangen. Der entscheidende Tipp kam von einem Bekannten des Täters aus Kreuzberg.

Christopher O. ist gebürtiger Pforzheimer (Baden-Württemberg), er hat eine Waldorfschule besucht. Aufgewachsen ist er in gutbürgerlichen Verhältnissen, er lebt seit 2007 in Berlin.

Ein Freund erkannte ihn auf den Bildern

Am Morgen des 10. November soll er sein Opfer, das auf dem Weg zur Arbeit am Potsdamer Platz war, an der U-Bahn-Station

Mendelsohn-Bartholdy-Park überfallen haben. Er hatte die Frau in ein Gebüsch gezerrt, geschlagen – dann musste sie sich vor ihrem Peiniger ausziehen. Allein hatte er zuvor mit der Frau in dem Abteil der U2 gesessen, sich lässig eine Zigarette gedreht und in die Überwachungskamera gegrinst.

Sein Opfer ist etwa so alt wie seine Mutter, die Malerin ist. Der Vater von Christopher O. ist ein angesehener Arzt. Die fassungslosen Eltern waren am Mittwoch nicht fähig, über ihren Sohn und den furchtbaren Tatvorwurf zu sprechen.

In Tiergarten lebte Christopher O. in einer Wohngemeinschaft. Er zählt zu den jungen Kreativen in der Hauptstadt. Im Jahr 2009 war sein Modelabel Teil der Image-Kampagne „be Berlin“ und Mitveranstalter eines Straßen-Catwalks in Mitte. Die Firma betreibt er mit einer Freundin, die er als angehender Modedesigner während der Ausbildung in einem Lederatelier kennenlernte. Auf der „Berlin Fashion Week“ 2009 präsentierte er seine eigenen Kreationen. Sein Mitbewohner wollte nicht glauben, dass Christopher O. ein Vergewaltiger sein soll.

Mit seiner Tat hat der Berlin-Botschafter, der polizeilich nie als Sexualstraftäter auffällig geworden ist, dem Ansehen der Stadt keinen Gefallen getan.

Das ist doch wirklich ein Klassebotschafter. Fragt sich nur, für was.

(Spürnase: Mathias)

Goethe-Institut zeigt Moscheen in Deutschland

☒ Das Goethe-Institut zeigte in der islamischen Welt von Jakarta über Malaysia, Singapur, Indien, über die Türkei und den Nahen Osten die letzten zwei Jahre eine Wanderausstellung „Moscheen in Deutschland“. Nun soll ab 1. März 2012 diese Ausstellung auch durch Deutschland touren. Gezeigt wird, wie gut Deutschland sich in den Islam integriert hat.

So läßt uns [das Goethe-Institut wahrheitswidrig wissen](#), daß die Merkez-Moschee in Marxloh nun europaweit als Vorzeigemodell gelungener religiöser Integration gilt. Die Integration gilt höchstens finanzmäßig, anscheinend haben Deutschland und die eurabische EU mit 3,2 Mio Euro fast die Hälfte der Baukosten übernommen. Ansonsten liest [man sogar im linken Wiki](#):

Im Januar 2010 teilte der DiTib-Verband mit, dass der Streit beigelegt sei, doch im Februar 2010 kommentierte dann der Integrationsbeauftragte der Landesregierung die Streitigkeiten. Im April 2010 berichtete WDR.de von Konflikten hinter den Kulissen und von zunehmender Abschottung. Auch kam es zu Streitigkeiten zwischen [Moschee und der Polizei](#). Der im Mai 2010 neu gewählte Vorstand der Begegnungsstätte (Vorsitzender: Ismail Komsucuk, zweite Vorsitzende: Helga Maria Poll, Schriftführerin: Gülhanım Anac, Schatzmeister: Sitki Palabiyik) erklärte, die Vergangenheit hinter sich lassen zu wollen. Es sollen gemeinsame Wege gefunden und die Holprigkeiten zwischen den Kulturen überwunden werden.

Warum müssen uns staatliche und halbstaatliche Organisationen permanent indoktrinieren und belügen? Benützen Sie unsere Suchfunktion oben mit dem Stichwort ‚Marxloh‘, dann wissen

Sie, was das für ein Vorzeigemodell ist! Die Abbildung zeigt eine [neu geplante Moschee in Hamm](#), die 5 Mio Euro kosten und mit „Spenden“ finanziert werden soll! Und da [ein billigerer Neubau in Witten](#)! Die Integration schreitet fort.

» Kontakt: deutsch@goethe.de